



IW-Trends 2/2021

Selektiver Medienkonsum und sozioökonomisches Unwissen

Judith Niehues / Ruth Maria Schüler / Jana Tissen

Vorabversion aus: IW-Trends, 48. Jg. Nr. 2
Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Verantwortliche Redakteure:

Prof. Dr. Michael Grömling, Telefon: 0221 4981-776

Holger Schäfer, Telefon: 030 27877-124

groemling@iwkoeln.de · schaefer.holger@iwkoeln.de · www.iwkoeln.de

Die IW-Trends erscheinen viermal jährlich, Bezugspreis € 50,75/Jahr inkl. Versandkosten.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung erhalten Sie über
lizenzen@iwkoeln.de.

ISSN 0941-6838 (Printversion)

ISSN 1864-810X (Onlineversion)

© 2021 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH

Postfach 10 18 63, 50458 Köln

Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

Telefon: 0221 4981-452

Fax: 0221 4981-445

iwmedien@iwkoeln.de

www.iwmedien.de

Selektiver Medienkonsum und sozioökonomisches Unwissen: Ein Katalysator für Unzufriedenheit?

Judith Niehues / Ruth Maria Schüler / Jana Tissen, April 2021

Zusammenfassung

Eine Wissensabfrage zu verschiedenen sozioökonomischen Themen deutet auf erhebliche Fehleinschätzungen in Deutschland hin. Im Median vermuten die Befragten beispielsweise, dass 30 von 100 Menschen in Deutschland von Armut bedroht sind und sogar 50 von 100 Rentnern. Die tatsächlichen Werte zu den entsprechenden Armutsrisiken liegen hingegen bei 16 und 17 Prozent. Auch im Themengebiet Arbeitslosigkeit gibt es substantielle Fehleinschätzungen. Besonders das Ausmaß der Arbeitslosigkeit unter ausländischen Mitbürgern wird stark überschätzt. Trotz teilweise großer Unterschiede zwischen einzelnen Themengebieten zeigen sich insgesamt eher zu pessimistische Einschätzungen der Befragten. Hierzu passt, dass stärkere Fehleinschätzungen mit größerer Unzufriedenheit mit der Demokratie, der sozialen Gerechtigkeit und dem sozialen Sicherungssystem einhergehen, selbst wenn für Bildungs- und Einkommensunterschiede sowie finanzielle Sorgen kontrolliert wird. Dies gilt für alle abgefragten Themenbereiche außer der Einschätzung im Bereich erneuerbare Energien. Weiterhin zeigt sich, dass Fehleinschätzungen mit politischem Informationsverhalten zusammenhängen. Befragte, die sich vorrangig in sozialen Medien über Politik informieren, tendieren häufiger zu Überschätzungen von Armut und Arbeitslosigkeit und zu sehr pessimistischen Einschätzungen bezüglich der Kriminalitätsentwicklung. Auch wenn die Korrelationen keine Ableitungen bezüglich Ursache-Wirkung-Beziehungen erlauben, deuten sie auf ein enges Zusammenspiel von Fehleinschätzungen, Sorgen, politischer Informationsbeschaffung durch soziale Medien, gesellschaftsbezogener Unzufriedenheit und populistischem Wahlverhalten hin.

Stichwörter: Wissen, Wahrnehmung, Medien, Zufriedenheit, Populismus

JEL-Klassifikation: D72, D83, C83

DOI: 10.2373/1864-810X.21-02-02

Fehleinschätzungen der sozioökonomischen Entwicklung

Ökonomische Kenntnisse können zur ökonomischen und finanziellen Stabilität einer Gesellschaft beitragen (Lusardi, 2015, 639). Studien, die entsprechende Kenntnisse in Deutschland untersuchen, zeigen jedoch, dass es in der deutschen Bevölkerung große Lücken in Bezug auf ökonomisches Wissen gibt (Die Zeit, 2018; Anger et al., 2019). Der folgende Beitrag dokumentiert anhand einer im Sommer 2020 durchgeführten Befragung durch die Ruhr-Universität Bochum (RUB) und des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) erhebliche Fehleinschätzungen der deutschen Bevölkerung bei der Beantwortung ökonomischer Fragen und Bewertung sozioökonomischer Entwicklungen. Hierfür wurden sechs Wissensfragen und zwei Fragen zur Entwicklung von Kennzahlen, über die regelmäßig in den Medien berichtet wird, ausgewertet. Neben dem ökonomischen Wissen bilden die Kennzahlen ab, wie sehr die Befragten dem deutschen Staat zutrauen, Ziele wie soziale Sicherung, Vollbeschäftigung, Integration oder die Energiewende zu erreichen.

In vergleichbaren Untersuchungen finden sich mehrere Erklärungsansätze dafür, dass nicht nur in Deutschland, sondern weltweit zum Teil sehr große Lücken im Faktenwissen bestehen (Duffy, 2016). Ein Ansatz ist die unzureichende Ausprägung mathematischer Fähigkeiten in der Bevölkerung. Wem das Verständnis für Prozentsätze fehlt, dem fällt es schwer, Anteile richtig zu schätzen, und es wird eher auf absolute Zahlen zurückgegriffen. Ein zweiter Erklärungsansatz besteht in dem Vorherrschen von Heuristiken und Voreingenommenheit. So werden Antworten oft aus einfachen oberflächlichen Beobachtungen abgeleitet. Der Psychologe Daniel Kahneman beschreibt dies als den Unterschied zwischen schnellem und langsamem Denken, wobei der instinktive Rückgriff auf „schnelles Denken“ zu kognitiven Verzerrungen führen kann (Kahneman, 2012). Eine schwierige Frage, etwa zur Häufigkeit eines seltenen Ereignisses, wird dann durch eine einfachere Frage ersetzt, zum Beispiel „Wann habe ich zuletzt über das Ereignis gelesen?“. Wenn in der Befragung keine Anreize für richtige Antworten gesetzt werden, gehen die Antworten häufiger auf schnelles Denken zurück und sind dementsprechend verzerrt. Hinzu kommt, dass negative Ereignisse besser erinnert werden (Baumeister et al., 2001).

Weiterhin tendieren die Befragten dazu, Zahlen zu überschätzen, wenn sie sich große Sorgen um das zugrunde liegende Thema machen. Fehleinschätzungen

können folglich ein guter Indikator dafür sein, um welche Themen sich Befragte sorgen. Wichtig ist die Feststellung, dass Ursache und Wirkung dabei in beide Richtungen gehen: Besorgnis kann ebenso zu größeren Fehleinschätzungen führen wie pessimistische Fehleinschätzungen zu größerer Besorgnis (Duffy, 2016, 7). Ebenso kann rationale oder bewusste Unwissenheit dazu führen, dass Personen bei einer Einschätzung bleiben, weil sie in ihr Weltbild passt, obwohl ihnen Fakten vorliegen, die diesem Weltbild widersprechen. So nehmen Menschen ihre Realität konsistent zu ihren politischen Ansichten wahr und lernen selektiv (Jerit/Barabas, 2012). Des Weiteren können die Medien und Erzählweisen dazu beitragen, dass „single stories“, also einseitige Erzählweisen über eine Gruppe von Menschen, verallgemeinert werden. Einseitige Geschichten entstehen beispielsweise dadurch, dass immer wieder ähnliche Bilder einer bestimmten Bevölkerungsgruppe gezeigt werden. So hat die US-amerikanische Presse ein abwertendes Narrativ über mexikanische Immigranten in den USA geprägt (Gilens, 1999; Ngozi Adichie, 2009). Auch in der deutschen Boulevardpresse werden durch wiederkehrende Erzählweisen stereotypische Bilder über bestimmte Bevölkerungsgruppen verstärkt, etwa über „arme Ältere, die ihr ganzes Leben gearbeitet haben“ oder über „arbeitsunwillige ALG-II-Empfänger“ (Diermeier/Niehues, 2019a).

In einem ersten Schritt untersucht die vorliegende Analyse, inwiefern themenspezifische Fehleinschätzungen mit anderen Variablen wie der allgemeinen Lebenszufriedenheit und der Demokratiezufriedenheit zusammenhängen. Die Corona-Pandemie und die in diesem Zusammenhang entstandenen Verschwörungserzählungen sowie die Ereignisse rund um die Erstürmung des Kapitols in den USA (z. B. Deutschlandfunk, 2021; ZDF, 2021) haben die Diskussion um die Rolle der Medien bei der Konstruktion von Realität neu entfacht. Daher wird in einem zweiten Schritt untersucht, ob es Zusammenhänge zwischen Fehleinschätzungen und dem Mediennutzungsverhalten der Befragten gibt. Es soll überprüft werden, ob die Nutzung gewisser Medienquellen möglicherweise vor verzerrten Wahrnehmungen schützen kann.

Datenbasis – RUB-IW-Befragung 2020

Die Studie basiert auf Daten einer im August und September 2020 durchgeführten Befragung der RUB und des IW. Im Fokus der Online-Befragung durch das Marktforschungsunternehmen respondi AG stand die Frage, ob es in Deutschland und

im Ruhrgebiet gesellschaftliche Polarisierungen gibt (Beckmann/Schönauer, 2021). Sie ist im Rahmen des Kooperationsprojekts „Ein neuer Gesellschaftsvertrag in Zeiten sozialer Fragmentierungen – Gestaltungsoptionen für das Ruhrgebiet“ für die Brost-Stiftung entstanden. Da das Projekt seinen regionalen Fokus auf dem Ruhrgebiet hat, wurden zwei voneinander unabhängige, jedoch inhaltsgleiche Umfragen einmal ausschließlich für das Ruhrgebiet (mit 1.017 Beobachtungen) und einmal repräsentativ für Deutschland (mit 1.099 Beobachtungen) durchgeführt. In dem folgenden Beitrag werden ausschließlich die Ergebnisse für Deutschland vorgestellt. Um ein möglichst repräsentatives Abbild der Bevölkerung zu erhalten, wurde die Verteilung der deutschen Bevölkerung ab 15 Jahren nach den Merkmalen Bundesland, Geschlecht, Alter und Bildungsstand gemäß der entsprechenden Referenzwerte des Statistischen Bundesamtes quotiert. Bei den folgenden Ergebnissen handelt es sich jeweils um ungewichtete Ergebnisse. Ein Abgleich mit anderen Befragungsdaten deutet darauf hin, dass niedrige Einkommen in dem vorliegenden Sample etwas überrepräsentiert sind. Die Robustheit der Resultate wurde daher anhand unterschiedlicher Gewichtungsfaktoren sowie in Varianten mit und ohne sogenannte Zeitunterschreiter überprüft. Weitere Charakteristika der Befragung sowie eine detaillierte Beschreibung der Fragen zum Medienkonsum und politischen Informationsverhalten finden sich in Schüler et al. (2021).

Sozioökonomisches Wissen – Deskriptive Ergebnisse

Um das sozioökonomische Wissen der Befragten zu testen, wurden sechs Schätzfragen gestellt, bei denen die Befragten ihre Antwort zwischen 0 und 100 Prozent angeben konnten. Dabei wurde nach dem Anteil erneuerbarer Energien am gesamten Stromverbrauch in Deutschland gefragt. Die Befragten wurden zudem gebeten, jeweils anzugeben, wie viele von 100 Menschen beziehungsweise Rentnern von Armut betroffen sind sowie wie viele von 100 Personen beziehungsweise Ausländern im erwerbsfähigen Alter in Deutschland arbeitslos sind und eine Arbeit suchen. Zuletzt wurden die Befragten gebeten zu schätzen, wie viele von 100 Todesfällen in Deutschland auf Verkehrsunfälle zurückgehen.

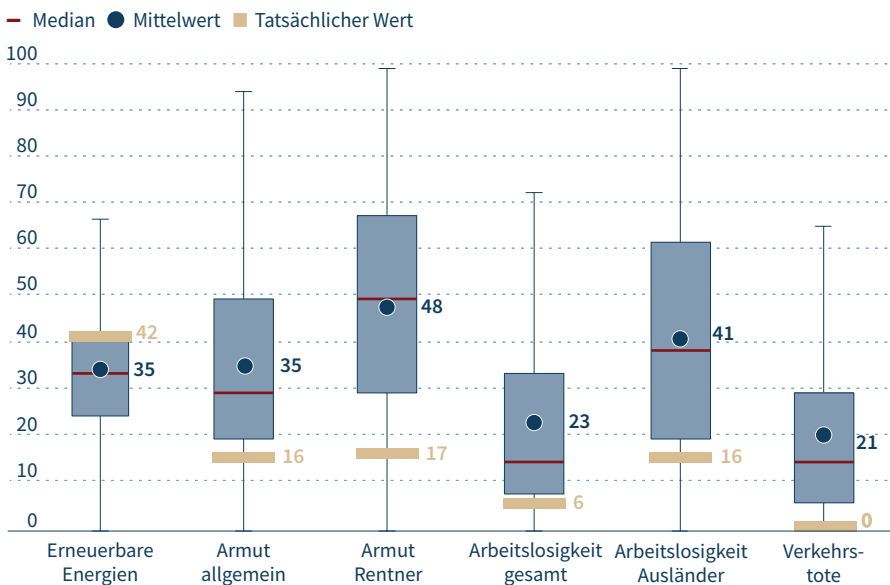
Wie die Box-Plots zu den sechs Schätzfragen in Abbildung 1 zeigen, liegen für alle sechs Fragen erhebliche Fehleinschätzungen vor. Während der Median der Antworten für den geschätzten Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch mit 34 Prozent niedriger ist als der tatsächliche Wert von 42,1 Prozent im Jahr 2019

(Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2021), liegt bei den anderen fünf Schätzfragen eine deutliche Überschätzung im Vergleich zu den empirischen Kennzahlen vor. So vermuten die Befragten im Median, dass 30 von 100 Menschen in Deutschland von Armut bedroht sind, während die medial häufig kommunizierte relative Armutsgefährdungsquote auf Basis des Mikrozensus im Jahr 2019 bei rund 16 Prozent liegt. Die Einschätzungen bewegen sich damit in einem ähnlichen Rahmen wie die Ergebnisse einer Befragung im Rahmen des Armuts- und Reichtumsberichts, wonach die Befragten im Durchschnitt den Anteil armer Menschen auf 32 Prozent schätzen (BMAS, 2021a, 194). Die Überschätzung des Altersarmutsrisikos fällt noch einmal deutlich höher aus: Gemäß dem Median gehen die Befragten

Einschätzungen zu sozioökonomischen Wissensfragen

Abbildung 1

Angaben in Prozent



Für jede Schätzfrage zeigt der Box-Plot den Mittelwert, den Median, das untere und das obere Quartil (25-Prozent-Quartil und 75-Prozent-Quartil) sowie den unteren und oberen „Whisker“, die hier durch $\pm 1,5 \cdot \text{IQR}$ abgebildet werden, wobei IQR = Interquartilsabstand. In beige sind die korrekten Werte für die jeweilige Schätzfrage eingefügt. Basis: 1.099 Beobachtungen einer Befragung im August/September 2020 in Deutschland. Zugrunde liegende Fragen: Erneuerbare Energien: „Welcher Anteil am gesamten Stromverbrauch in Deutschland geht auf erneuerbare Energien zurück?“; Armut allgemein: „Wie viele von 100 Menschen in Deutschland sind von Armut bedroht?“; Armut Rentner: „Wie viele von 100 Rentnern in Deutschland sind von Armut bedroht?“; Arbeitslosigkeit gesamt: „Wie viele von 100 Personen im erwerbsfähigen Alter in Deutschland sind arbeitslos und suchen eine Arbeit?“; Arbeitslosigkeit Ausländer: „Wie viele von 100 Ausländern in Deutschland sind arbeitslos und suchen eine Arbeit?“; Arbeitslosigkeit: „Wie viele von 100 Todesfällen in Deutschland gehen auf Verkehrsunfälle zurück?“.

Quellen: Ruhr-Universität Bochum; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 1: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/3k6gQD8twGC5xZq>

davon aus, dass jeder zweite Rentner in Deutschland von Armut bedroht ist. Ein Viertel der Befragten vermutet, dass beinahe 70 von 100 Rentnern von Armut bedroht sind. Demgegenüber liegt die relative Armutsgefährdungsquote von Rentnern auf Basis des Mikrozensus im Jahr 2019 bei 17,1 Prozent und damit etwa im Bereich der allgemeinen Armutsgefährdung. Gemäß der Armutsgefährdungsquoten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), das auf einem umfassenderen Einkommenskonzept beruht, liegt das Armutsrisiko von Rentnern im aktuell verfügbaren Einkommensjahr 2017 mit 14,8 Prozent etwas unterhalb des allgemeinen Armutsrisikos (16,1 Prozent). Wird alternativ das (Alters-)Armutsrisiko der Menschen ab 65 Jahren herangezogen, beträgt die Quote gemäß Mikrozensus 15,7 Prozent und gemäß SOEP 13,8 Prozent.

Dass im Alter ein höheres Armutsrisiko vermutet wird, deckt sich wiederum mit der Befragung für den Sechsten Armuts- und Reichtumsbericht (ARB). Als mögliche Gründe für die Diskrepanz zwischen der kritischen Wahrnehmung und den tatsächlichen Verteilungsmaßnahmen werden dort „ein starker Einfluss der öffentlichen Debatten, die durch starke Zuspitzungen geprägt sind“ sowie „eine hohe Sensibilisierung für Verteilungsfragen und Ungleichheit“ angeführt (BMAS, 2021a, 195).

Auch das Ausmaß der Arbeitslosigkeit wird in Deutschland stark überschätzt. Im Median vermuten die Befragten, dass 15 von 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter arbeitslos und auf der Suche nach Arbeit sind. Tatsächlich lag die Arbeitslosenquote gemäß Bundesagentur für Arbeit (BA) zum Befragungszeitpunkt im August 2020 bei 6,4 Prozent. Die Arbeitslosenquote für Ausländer wird im Median sogar auf 39 Prozent beziffert, dabei lag sie im August 2020 tatsächlich bei 15,6 Prozent. Ein Viertel der Befragten vermutet, dass rund zwei Drittel der Ausländer arbeitslos sind – und überschätzen die offizielle Statistik um rund 50 Prozentpunkte. Gleichzeitig schätzt rund ein Fünftel der Befragten die Erwerbssituation von Ausländern positiver ein als die Werte der BA, was die große Streuung in den Antworten verdeutlicht. Dass die Überschätzung der Arbeitslosigkeit von Ausländern deutlich höher ausfällt, passt zu den Befunden von Alesina et al. (2018). Hier schätzen die Befragten den Anteil der Arbeitslosen in der deutschen Bevölkerung auf 15 Prozent, für Zuwanderer (Originalbegriff in der Studie „immigrants“) auf 30 Prozent.

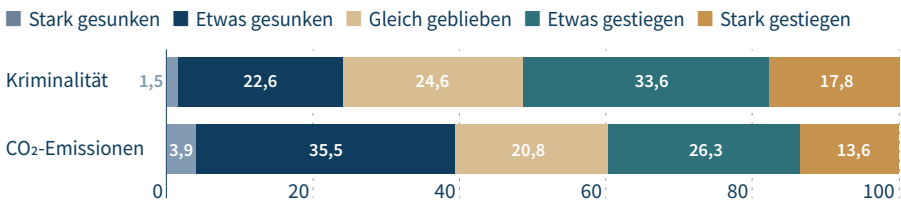
Der Anteil der Verkehrstoten an allen Todesfällen lag gemäß Berechnungen auf Basis von Daten des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2019 bei 0,3 Prozent. Da der Wert so niedrig ist, ist hier nur eine Überschätzung möglich. In der Befragung liegt der Median für diese Frage bei 15 Prozent und ist damit deutlich höher als die Einschätzungen in der Perils of Perception-Studie (Ipsos MORI, 2020), in der jedoch das Ausmaß verschiedener Todesursachen abgefragt wurde und somit andere numerische Bezüge hergestellt wurden.

Neben den sechs Schätzfragen wurden die Befragten gebeten, die Entwicklung registrierter Kriminalität sowie der CO₂-Emissionen einzuschätzen. Gegenüber den vorherigen Abfragen ist bei diesem Fragedesign keine Einordnung mathematischer Größen erforderlich. Mit Blick auf die vorliegenden Statistiken des Bundeskriminalamts und des Umweltbundesamtes deuten die empirischen Kennziffern für beide Kategorien einen leicht sinkenden Trend für den abgefragten Zeitraum an. Demgegenüber vermuten 51,4 Prozent der Befragten einen Anstieg der registrierten Kriminalität (17,8 Prozent einen starken Anstieg) sowie 39,9 Prozent einen Anstieg der CO₂-Emissionen (13,6 Prozent einen starken Anstieg) (Abbildung 2). Ein Großteil der Befragten hat somit eine pessimistischere Einschätzung, als es die tatsächlichen Kennziffern nahelegen. Da die Wissensfragen nicht den Schwerpunkt der Primärbefragung darstellen, beschränken sich die Einschätzungen zur sozio-ökonomischen Entwicklung auf zwei thematische Items. Abfragen zur vermuteten

Subjektive Einschätzungen zur Entwicklung von Kriminalität und CO₂-Emissionen

Abbildung 2

Anteile in Prozent



Zugrunde liegende Frage: „Wie haben sich gemäß Ihrer Einschätzung die registrierten Kriminalfälle in Deutschland in den vergangenen fünf Jahren entwickelt?“ und „Wie hat sich der CO₂-Ausstoß in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?“; Antwortoptionen: stark gesunken, etwas gesunken, gleich geblieben, etwas gestiegen, stark gestiegen. Basis: 1.099 Beobachtungen einer Befragung im August/September 2020 in Deutschland.

Quellen: Ruhr-Universität Bochum; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 2: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/d85mR74anZHAdm3>

Entwicklung von Verteilungsindikatoren im Rahmen des ARB-Surveys weisen jedoch darauf hin, dass auch in diesem Themenbereich die Einschätzungen eher pessimistisch ausfallen: Viele Befragte befürchten „eine sowohl starke als auch zunehmende Polarisierung zwischen Arm und Reich, für die es keine Entsprechung in den Entwicklungen des Arbeitsmarkts und der Einkommen gibt“ (BMAS, 2021b, XVII).

Sozioökonomisches Wissen – Zwei Cluster

Für die weitere Analyse wurde untersucht, ob es Muster in den Antworten zu den sechs Schätzfragen gibt. Hierzu wurde die Methode der Clusteranalyse verwendet, bei der möglichst ähnliche Beobachtungen in Gruppen (Cluster) zusammengefasst werden. Da unterschiedliche Kennzahlen zur Bestimmung der optimalen Clusteranzahl zwei Cluster als optimale Differenzierung für die verwendeten numerischen Merkmale nahelegen, wurden die Beobachtungen mittels des „k-means“-Algorithmus in zwei Gruppen aufgeteilt. Der Algorithmus minimiert die quadratischen Abweichungen der einzelnen Beobachtungen zum Cluster-Mittelwert. Unterschiede innerhalb eines Clusters sollen somit möglichst klein sein und Unterschiede zwischen den Clustern möglichst groß.

Cluster-Charakteristika

Tabelle 1

Durchschnittliche Abweichung der Befragungswerte von den tatsächlichen Werten in Prozentpunkten

Zugrunde liegende Wissensfrage	Cluster 1	Cluster 2	Alle Befragten
	Stärkere Fehleinschätzungen	Weniger starke Fehleinschätzungen	
Erneuerbare Energien	-5	-9	-7
Armut allgemein	38	6	19
Armut Rentner	51	17	31
Arbeitslosigkeit	33	7	17
Arbeitslosigkeit Ausländer	42	13	25
Verkehrstote	32	12	21
Clustergröße (Anteil der Befragten in Prozent)	41,5	58,5	100,0

K-means Clusteranalyse auf Basis von 1.099 Beobachtungen einer Befragung im August/September 2020 in Deutschland; gemäß zweiseitigem t-Test sind alle Unterschiede der Mittelwerte zwischen den Clustern statistisch signifikant ($p < 0,01$).

Quellen: Ruhr-Universität Bochum; Institut der deutschen Wirtschaft

Tabelle 1: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/P2gZJaCrZkjeC46>

Die Gegenüberstellung der zugrunde liegenden Variablen in Tabelle 1 zeigt, dass sich die Befragten grob in ein etwas kleineres Cluster 1 mit 41,5 Prozent der Befragten und ein etwas größeres Cluster 2 mit 58,5 Prozent einteilen lassen. Dabei sind die Einschätzungen von Cluster 1 sehr weit von den empirischen Kennziffern entfernt, während die Antworten der Befragten in Cluster 2 näher an den tatsächlichen Werten sind. Besonders bei den Antworten im Themenbereich Armut und Arbeitslosigkeit liegen die (Fehl-)Einschätzungen des ersten Clusters jeweils um rund 30 Prozentpunkte oberhalb der Einschätzungen des zweiten Clusters. Doch auch die durchschnittlichen Überschätzungen im zweiten Cluster sind substantiell.

So liegen die Antworten der Befragten im zweiten Cluster bei dem Thema relative Armutsgefährdung von Rentnern 17 Prozentpunkte über dem tatsächlichen Wert und bei der vermuteten Arbeitslosigkeit von Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft 13 Prozentpunkte über dem tatsächlichen Wert. Einzig bei der Einschätzung zu den erneuerbaren Energien zeigt sich im ersten Cluster eine etwas geringere Abweichung von dem tatsächlichen Anteil. Aufgrund der geringeren Streuung der Antworten zu diesem Merkmal sind die Unterschiede zwischen den beiden Clustern hier eher gering.

Die beiden Cluster unterscheiden sich substantiell in den Einschätzungen und auch in wesentlichen sozioökonomischen Merkmalen. Im ersten Cluster sind Menschen mit geringerer Bildung und geringerem Haushaltseinkommen häufiger vertreten, im zweiten Cluster ist die Abiturquote mit 41 Prozent gegenüber 24 Prozent im ersten Cluster erkennbar höher. Diese Unterschiede decken sich mit den Ergebnissen zu Faktenwissen aus anderen Befragungen (Die Zeit, 2018; Anger et al., 2019).

Sozioökonomisches Wissen und Demokratiezufriedenheit

Auch wenn das Ausmaß der Fehleinschätzungen teilweise überraschend ist, sind die grundsätzlichen Befunde bereits aus vergleichbaren Befragungskonzeptionen (u. a. Die Zeit, 2018; Anger et al., 2019; Ipsos MORI, 2020) bekannt. Da mit der Beantwortung der Schätzfragen auch implizite Einschätzungen bezüglich der Funktionsfähigkeit des (Sozial-)Staates eingefangen werden, wird in einem weiteren Schritt analog zu Diermeier und Niehues (2019b) untersucht, inwiefern die Fehleinschätzungen mit weiteren subjektiven Merkmalen der Befragten zusammenhängen. Hierzu wurden verschiedene Ordered-Logit-Schätzungen mit Indikatoren

Zufriedenheit und Fehleinschätzungen

Tabelle 2

Werte aus Ordered-Logit-Schätzungen (Ergebnisse in Log-Odds / Logits),
 Angaben für Deutschland im Jahr 2020

Abhängige Variablen: Skalierung 0 bis 10 ¹⁾	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	Lebenszufriedenheit allgemein			Zufriedenheit mit der Demokratie		
Zugehörigkeit Cluster 1	-0,057 (0,121)			-0,539*** (0,122)		
Dummy Einschätzung Kriminalität steigt stark		0,094 (0,149)			-1,094*** (0,177)	
Dummy Einschätzung CO ₂ steigt stark			-0,046 (0,161)			0,245 (0,156)
Referenz: männlich						
Weiblich	0,191* (0,113)	0,179 (0,111)	0,182 (0,111)	0,108 (0,110)	0,071 (0,109)	0,025 (0,108)
Alter	-0,017 (0,021)	-0,017 (0,021)	-0,017 (0,021)	-0,056*** (0,021)	-0,049** (0,021)	-0,051** (0,021)
Quadrirtes Alter	0,000 (0,000)	0,000 (0,000)	0,000 (0,000)	0,001*** (0,000)	0,001** (0,000)	0,001*** (0,000)
Referenz: (noch) kein Abschluss / Haupt- oder Volksschulabschluss						
Mittlere Reife	0,156 (0,141)	0,161 (0,141)	0,156 (0,141)	0,082 (0,142)	0,060 (0,140)	0,094 (0,142)
(Fach-)Hochschulreife	0,154 (0,149)	0,175 (0,151)	0,162 (0,149)	0,259* (0,151)	0,231 (0,152)	0,342** (0,151)
Referenz: Mittelschicht						
Unterschicht	-0,692*** (0,233)	-0,696*** (0,233)	-0,692*** (0,233)	-0,739*** (0,228)	-0,691*** (0,232)	-0,780*** (0,224)
Arbeiterschicht	-0,414*** (0,126)	-0,424*** (0,126)	-0,419*** (0,126)	-0,255** (0,130)	-0,275** (0,128)	-0,304** (0,130)
Obere Mittelschicht / Oberschicht	0,614*** (0,212)	0,615*** (0,212)	0,617*** (0,212)	0,477** (0,229)	0,501** (0,229)	0,488** (0,231)
Referenz: kein Bezug Arbeitslosengeld / Grundsicherung						
Bezug Grundsicherung	-0,485** (0,202)	-0,497** (0,202)	-0,494** (0,202)	0,129 (0,201)	0,131 (0,201)	0,073 (0,201)
Log. Äquivalenz- nettoeinkommen ²⁾	0,130* (0,078)	0,134* (0,077)	0,133* (0,077)	0,129 (0,094)	0,162* (0,094)	0,169* (0,094)
Referenz: keine wirtschaftlichen Sorgen / trifft nicht zu						
Einige wirtschaftliche Sorgen	-0,488*** (0,134)	-0,496*** (0,133)	-0,493*** (0,133)	-0,485*** (0,141)	-0,543*** (0,140)	-0,536*** (0,141)
Große wirtschaftliche Sorgen	-0,956*** (0,171)	-0,967*** (0,170)	-0,966*** (0,172)	-0,652*** (0,158)	-0,700*** (0,159)	-0,687*** (0,159)
Referenz: keine gesundheitlichen Sorgen / trifft nicht zu						
Einige gesundheitliche Sorgen	-0,211 (0,145)	-0,215 (0,145)	-0,208 (0,145)	0,359** (0,145)	0,453*** (0,145)	0,358** (0,146)
Große gesundheitliche Sorgen	-0,632*** (0,177)	-0,639*** (0,176)	-0,632*** (0,178)	0,168 (0,164)	0,198 (0,163)	0,127 (0,162)
Beobachtungen	1.098	1.098	1.098	1.096	1.096	1.096
Pseudo R-Quadrat	0,0441	0,0441	0,0440	0,0276	0,0337	0,0238

Robuste Standardfehler in Klammern; *p < 0,1, **p < 0,05, ***p < 0,01.

1) 0 = ganz und gar nicht zufrieden, 10 = ganz und gar zufrieden. 2) Das Äquivalenzeinkommen (bedarfsgewichtetes Nettoeinkommen) wird über die Annahme einer zufälligen Verteilung der Befragten in 13 Einkommensklassen approximiert. Basis: 1.099 Beobachtungen einer Befragung im August/September 2020 in Deutschland.

Quellen: Ruhr-Universität Bochum; Institut der deutschen Wirtschaft

Tabelle 2: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/YkrtrmBeFZgoRj4>

für die Zufriedenheit mit der eigenen Situation und staatlichen Institutionen, Sorgen hinsichtlich verschiedener Themen sowie Vertrauen in Mitmenschen geschätzt. Als Auszug der Regressionsschätzungen stellt Tabelle 2 beispielhaft dar, wie die Zugehörigkeit zum Cluster 1 sowie sehr pessimistische Einschätzungen zur Kriminalitäts- und CO₂-Entwicklung mit der Lebenszufriedenheit der Befragten sowie mit der Zufriedenheit „mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht“ zusammenhängen. Dabei wird für wesentliche sozioökonomische Unterschiede kontrolliert. Neben Alter, Geschlecht, Bildungsvariablen, einem Indikator für den Bezug von sozialen Sicherungsleistungen (Grundsicherung oder Arbeitslosengeld) sowie einer Variablen für die Höhe des bedarfsgewichteten Nettoeinkommens wurden hauptsächlich Indikatoren für die subjektive Bewertung der eigenen Situation berücksichtigt (subjektive Schichtzugehörigkeit, Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation und Sorgen um die Gesundheit).

Die kleinen Koeffizienten der interessierenden Variablen in den drei linken Spalten der Tabelle 2 zeigen, dass starke Fehleinschätzungen nahezu keinen Erklärungsbeitrag für Unterschiede in der Lebenszufriedenheit liefern. Die drei rechten Spalten verdeutlichen hingegen, dass Zugehörige zum ersten Cluster sowie Befragte mit sehr kritischen Einschätzungen zur Kriminalitätsentwicklung tendenziell unzufriedener mit der Demokratie sind. Dass (pessimistisches) Unwissen nicht per se mit höherem Misstrauen in die Demokratie einhergeht, geht aus Spalte (6) hervor. Bei denjenigen, die einen starken Anstieg der CO₂-Emissionen vermuten, ergibt sich ein positiver Koeffizient, der bei konventionellen Signifikanzniveaus jedoch nicht als statistisch signifikant einzuordnen ist. Grundsätzlich gilt, dass sich aus den Regressionen nur Korrelationen und keine Kausal-Beziehungen ableiten lassen. Die Ergebnisse legen lediglich nahe, dass selbst wenn man für Bildungs- und Einkommensunterschiede sowie für subjektive Einschätzungen zur eigenen finanziellen Lage kontrolliert, Befragte mit pessimistischen Einschätzungen bei bestimmten Themen häufiger auch negative Einschätzungen zur Demokratie teilen.

Wenn die Zufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Situation oder mit der Arbeit als abhängige Variablen herangezogen werden, zeigen sich weiterhin keine statistisch signifikanten Effekte. Werden hingegen die Zufriedenheit mit der sozialen Gerechtigkeit, mit dem System der sozialen Sicherung in Deutschland oder Indikatoren für das Vertrauen in Mitmenschen als abhängige Variablen verwendet,

gibt es wiederum signifikant negative Zusammenhänge, die in einem ähnlichen Größenbereich wie die Schätzungen zur Demokratiezufriedenheit liegen. Die Einschätzung zur Entwicklung der CO₂-Emissionen offenbart hingegen keine statistisch signifikanten Zusammenhänge mit diesen Variablen. Die Ergebnisse der Regressionen decken sich somit mit den Befunden von Diermeier und Niehues (2019b): Sozioökonomische Fehleinschätzungen liefern keinen erkennbaren Erklärungsbeitrag für subjektive Einschätzungen zur Zufriedenheit mit der eigenen Situation (solange für wirtschaftliche Sorgen kontrolliert wird), hängen aber sehr wohl mit den Einschätzungen zur Gesellschaft zusammen.

Da in die Bestimmung der beiden Cluster die Einschätzungen zu sehr verschiedenen Themenbereichen einfließen, wurden die Regressionen auch separat mit den sechs Wissensfragen geschätzt. Mit Blick auf die verschiedenen Zufriedenheitsvariablen deuten sich differenzierte Zusammenhänge an: Befragte, die einen höheren Anteil erneuerbarer Energien vermuten, haben größere Chancen, zufrieden mit dem Leben, der Demokratie und der Gesellschaft zu sein. Hingegen sind diejenigen, die Armut und Arbeitslosigkeit stärker überschätzen, häufiger unzufrieden mit der Demokratie, der sozialen Gerechtigkeit und dem sozialen Sicherungssystem. Bei Betrachtung des Anteils der Verkehrstodesfälle zeigt sich einzig bei der Zufriedenheit mit dem sozialen Sicherungssystem ein leicht negativer Zusammenhang.

Wenn alternativ das Ausmaß von Sorgen als abhängige Variable verwendet wird, bestätigt sich die einleitende Vermutung, dass Überschätzungen bei bestimmten Themen tendenziell mit größeren Bedenken in den jeweiligen Bereichen einhergehen. Diejenigen, die Armut und Altersarmut sehr stark überschätzen, machen sich eher Sorgen um die Ungleichheit hierzulande. Diejenigen, die eine stark steigende Kriminalität vermuten, sorgen sich vor allem um die Kriminalität und Zuwanderung, wohingegen die Vermutung stark steigender CO₂-Emissionen mit weniger Sorgen um Kriminalität und dafür mit größeren Sorgen um die Folgen des Klimawandels einhergeht. Neben den erwartbaren themenspezifischen Zusammenhängen lässt sich festhalten, dass – abgesehen von den klimabezogenen Fragen – stärkere Überschätzungen bei den abgefragten Kennziffern tendenziell mit größeren Sorgen in nahezu allen der 13 abgefragten Themenbereiche einhergehen. Ausnahmen sind Sorgen um die Versorgungsinfrastruktur, die Corona-Pandemie, die Folgen des Klimawandels und den Fremdenhass.

Bedeutung von Medien

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der durch die Corona-Pandemie entstandenen Verschwörungserzählungen wird immer stärker die Rolle der Medien und im Besonderen der sozialen Medien bei der Verbreitung dieser Erzählungen diskutiert (Schüler et al., 2021). Aus diesem Grund wird in einem weiteren Schritt untersucht, ob ein bestimmtes Mediennutzungsverhalten Fehleinschätzungen eher begünstigt oder sogar als Schutzmechanismus gegen verzerrte Wahrnehmung fungieren kann. Um dieser Frage nachzugehen, werden zunächst verschiedene Mediennutzungstypen definiert. Schüler et al. (2021) zeigen, dass traditionelle Medien wie der überregionale öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) oder der lokale Rundfunk für die Befragten weiterhin die Hauptquellen für politische Informationen sind. Soziale Medien spielen für die Gewinnung politischer Informationen in Deutschland bisher eine geringe Rolle. Weniger als ein Viertel der Befragten gibt an, eines der vier abgefragten sozialen Medienformate häufig zu nutzen, um sich über Politik zu informieren. Die Gruppe reduziert sich auf weniger als 10 Prozent, wenn diejenigen ausgeschlossen werden, die sich nach Selbstauskunft gleichzeitig häufig in einem traditionellen Medium informieren.

Bei der Definition der Medientypen soll besonders die teilweise vorherrschende Bipolarität zwischen der Nutzung des ÖRR und der Nutzung sozialer Medien herausgestellt werden. Dabei wird die Nutzung des ÖRR als Anker verwendet, da dieser von den abgefragten Medienformaten am häufigsten als politische Informationsquelle herangezogen wird. Zudem gibt es eine hohe Korrelation zwischen der Nutzung des ÖRR und der Nutzung anderer traditioneller Medienformate. 87 Prozent derjenigen, die nach Selbstauskunft häufig auf lokales Fernsehen oder Radio zurückgreifen, und 79 Prozent derjenigen, die häufig Lokalzeitungen zur politischen Informationsgewinnung nutzen, informieren sich gleichzeitig häufig im ÖRR. In der folgenden Abgrenzung fungiert die Nutzung des ÖRR daher auch als eine Art Proxy für die häufige Nutzung traditioneller Medien insgesamt.

Anhand der Nutzungshäufigkeit des ÖRR und der sozialen Medien werden die Befragten in vier Medientypen eingeteilt (Tabelle 3). Der öffentlich-rechtliche Rundfunknutzer informiert sich häufig im ÖRR und selten oder gar nicht über eines der vier sozialen Medienformate. Als Nutzer sozialer Medien wird definiert, wer sich nach Selbstauskunft mindestens manchmal über eines der vier abgefragten

Soziodemografische Merkmale der vier Medientypen

Tabelle 3

Medientyp		Öffentlich-rechtlicher Mediennutzer	Vorrangig Nutzung sozialer Medien	Medienmix	Eher medienavers
Befragter informiert sich zu politischen Themen häufig im ÖRR	X		X	
	... mindestens manchmal in einem sozialen Medium		X	X	
Anteil an der Bevölkerung in Prozent		31,7	25,9	22,3	20,1
Charakteristika					
Durchschnittsalter in Jahren (Standardabweichung in Klammern)		57,5 (14,1)	39,6 (15,3)	51,5 (16,0)	45,7 (15,4)
Weiblich (in Prozent)		47,7	52,3	52,2	54,3
Bildungsabschluss (Anteile in Prozent)	(Noch) kein Abschluss; Volks- oder Hauptschulabschluss	32,8	31,6	36,3	41,6
	Mittlere Reife	31,6	34,4	31,8	26,7
	(Fach-)Hochschulreife	35,6	34,0	31,8	31,7

Die Medientypen wurden anhand der folgenden Fragen bestimmt: „Aus welchen Quellen beziehen Sie Ihre Informationen zu politischen Themen? Bitte geben Sie in der folgenden Liste an, wie häufig Sie die jeweilige Quelle nutzen, um sich zu informieren.“ Optionen: überhaupt nicht, selten, manchmal, häufig. Der ÖRR wird mit dem Item „Überregionales öffentlich-rechtliches Fernsehen oder Radio (z. B. ARD, ZDF, Deutschlandfunk)“ gemessen. Abgefragte soziale Medien umfassen YouTube, Facebook, Twitter und Telegram. Basis: 1.099 Beobachtungen einer Befragung im August/September 2020 in Deutschland.

Quellen: Ruhr-Universität Bochum; Institut der deutschen Wirtschaft

Tabelle 3: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/Xc2ERePJZ2JrKea>

sozialen Medienformate, YouTube, Facebook, Twitter oder Telegram, informiert und maximal manchmal den ÖRR konsultiert, um politische Informationen einzuholen. Befragte, die sich sowohl häufig im ÖRR informieren als auch mindestens manchmal ein soziales Medienformat nutzen, fallen in die Gruppe Medienmix. Personen, die sich weder häufig im ÖRR noch mindestens manchmal über soziale Medien über Politik informieren, werden als eher medienavers bezeichnet.

Betrachtet man die Gruppe der öffentlich-rechtlichen Mediennutzer und die Gruppe der Medienmix-Nutzer gemeinsam, zeigt sich, dass mehr als die Hälfte der Befragten (54 Prozent) häufig den ÖRR nutzt, um sich über Politik zu informieren. Die Gruppe der öffentlich-rechtlichen Rundfunknutzer ist älter und männlicher als der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Befragte, die in die Gruppe der sozialen Mediennutzer und in die Gruppe der eher medienaversen Personen fallen, sind mit einem Durchschnittsalter von knapp 40 und knapp 46 Jahren deutlich jünger als Personen in den beiden anderen Gruppen. Hier gilt es allerdings zu betonen, dass sich die Gruppe der sozialen Mediennutzer lediglich mindestens manchmal in

einem sozialen Medium informieren muss und darüber hinaus die niedrigere Nutzung des ÖRR entscheidend ist.

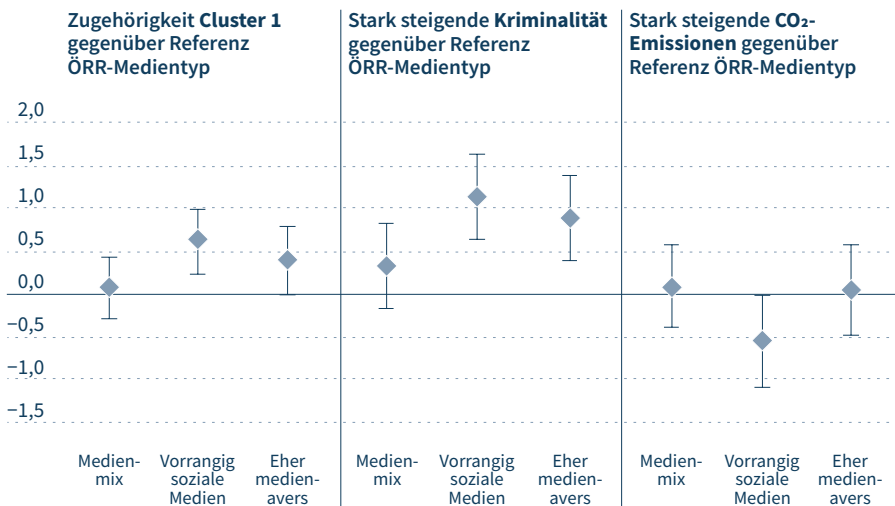
Sozioökonomisches Wissen und Mediennutzung

Um den Zusammenhang zwischen Mediennutzung und sozioökonomischem Wissen zu testen, wurden drei logistische Regressionen geschätzt. Dabei wurde mithilfe einer Regressionsanalyse der Zusammenhang zwischen den Mediennutzungstypen und der Zugehörigkeit zu dem sehr überschätzenden Cluster und der Wahrscheinlichkeit, den Anstieg von Kriminalität und von CO₂-Emissionen als stark einzuschätzen, untersucht. In allen Schätzungen wurde für die gleichen Variablen wie in den Regressionen zuvor kontrolliert. Somit wurden Geschlecht, Alter (quadratiert), Bildungsstand, das Nettoäquivalenzeinkommen, die subjektive Schichtzugehörigkeit und der Bezug von Arbeitslosengeld oder Grundsicherung sowie die Angaben zu gesundheitlichen und wirtschaftlichen Sorgen konstant gehalten.

Zusammenhang von Fehleinschätzungen und Medientypen

Abbildung 3

Punktschätzer und Konfidenzintervalle einer logistischen Regression, Angaben in Logits



ÖRR-Medientyp nutzt häufig den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und maximal selten soziale Medien. Logistische Regression (Koeffizienten in Logits), jeweils robuste Standardfehler; Raute = Punktschätzer, Linie = 95-Prozent-Konfidenzintervall; Kontrollvariablen wie in Tabelle 2. Basis: 1.099 Beobachtungen einer Befragung im August/September 2020 in Deutschland.

Quellen: Ruhr-Universität Bochum; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 3: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/F8bcP5KWiCnDRDH>

Abbildung 3 zeigt, dass Personen, die vorrangig auf soziale Medien zurückgreifen, im Vergleich zur Referenzgruppe der Nutzer des ÖRR eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit aufweisen, zu dem stärker überschätzenden Cluster zu gehören und den Anstieg der Kriminalität in den letzten fünf Jahren als stark steigend einzuschätzen. Bei der Einschätzung der Entwicklung der CO₂-Emissionen geht die Nutzung sozialer Medien mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit einher, die Emissionen als stark steigend einzuschätzen. Auch der eher medienaverse Informationstyp überschätzt mit höherer Wahrscheinlichkeit den Anstieg der Kriminalität und neigt zu größeren Fehleinschätzungen. Die strukturellen Ergebnisse bleiben auch dann bestehen, wenn alternative Medientypen definiert werden, die beispielsweise eine mindestens häufige soziale Mediennutzung bei der Abgrenzung erfordern und/oder auch die Nutzung anderer traditioneller Medien sowie unterschiedliche Nutzungsintensitäten berücksichtigen. Soziale Mediennutzung hat jedoch nur dann einen signifikanten Effekt, wenn nicht in vergleichbarem Ausmaß auch auf traditionelle Medienformate zur politischen Informationsgewinnung zurückgegriffen wird. Bei der isolierten Betrachtung aller abgefragten Medienformate zeigt sich, dass neben der Nutzung des ÖRR besonders Leser überregionaler Zeitungen seltener zu Fehleinschätzungen neigen. Allerdings greifen nur 11 Prozent der Befragten häufig auf überregionale Zeitungen zurück, um sich über Politik zu informieren, und nur weitere 21 Prozent manchmal. Umgekehrtes gilt für diejenigen, die besonders überregionales privates Fernsehen oder Radio als politische Informationsquelle nutzen.

Sozioökonomisches Wissen, Medienkonsum und Populismus

Auch wenn sich aus den Schätzungen keine kausalen Beziehungen ableiten lassen, deuten die Ergebnisse auf eine Gruppe von Befragten hin, in der sehr starke Fehleinschätzungen und große Sorgen in bestimmten Themenbereichen sowie Unzufriedenheit mit Demokratie, Gerechtigkeit und dem sozialen Sicherungssystem zusammenkommen. Gleichzeitig informiert sich diese Gruppe häufiger vorrangig über soziale Medien. Die politische Relevanz der Ergebnisse dokumentiert Tabelle 4. Daraus geht hervor, dass die pessimistischen Fehleinschätzungen besonders stark bei Anhängern der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD) ausgeprägt sind. Bei Anhängern der AfD fällt die Überschätzung der Altersarmut sowie die vermutete Arbeitslosigkeit unter Ausländern noch einmal deutlich höher aus. Ebenso vermuten 45 Prozent der AfD-Anhänger, dass die registrierte Krimina-

Fehleinschätzungen, Medienkonsum und politische Orientierung

Tabelle 4

Median der Antworten (Mittelwert in Klammern)		
	AfD-Anhänger	Sonstige
Einschätzungen Anteile Schätzfragen (0 bis 100)		
Erneuerbare Energien	31 (34)	35 (35)
Armut allgemein**	36 (39)	30 (35)
Armut Rentner***	60 (54)	49 (48)
Arbeitslosigkeit allgemein*	15 (27)	16 (23)
Arbeitslosigkeit Ausländer***	50 (48)	38 (41)
Anteil Verkehrstote	15 (21)	15 (21)
Zufriedenheit (0 bis 11)		
Lebenszufriedenheit***	8 (7)	9 (8)
Demokratiezufriedenheit***	4 (4)	8 (7)
Anteile in Prozent		
Clustereinteilung auf Basis der Schätzfragen**		
Weniger fehleinschätzendes Cluster	47,5	59,9
Stark fehleinschätzendes Cluster	52,5	40,1
Fragen zeitliche Entwicklung		
Kriminalität stark gestiegen***	45,0	14,5
CO ₂ -Emissionen stark gestiegen***	5,8	14,5
Medientypen		
ÖRR häufig***	15,0	33,7
Medienmix	20,0	22,6
Soziale Medien***	41,7	24,0
Medienavers	23,3	19,7

*p < 0,1, **p < 0,05, ***p < 0,01. (Mittelwert der Antworten: zweiseitiger t-Test zum Mittelwertvergleich, Anteile in Prozent: Chi-Quadrat-Unabhängigkeitstest). 1.099 Beobachtungen (mit Ausnahme Lebenszufriedenheit: 1.098 Beobachtungen, Demokratiezufriedenheit: 1.096 Beobachtungen) einer Befragung im August/September 2020 in Deutschland. Die politische Orientierung wird aus der Frage „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?“ abgeleitet.

Quellen: Ruhr-Universität Bochum; Institut der deutschen Wirtschaft

Tabelle 4: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/FycrR8goTrGR4jF>

lität in den letzten Jahren stark gestiegen ist – gegenüber 14,5 Prozent unter den übrigen Befragten. Im Einklang mit den bereits identifizierten korrelativen Zusammenhängen zwischen den verschiedenen Variablen der Tabelle 4 sind Anhänger der AfD gleichzeitig deutlich unzufriedener mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht, und greifen wesentlich häufiger auf soziale Medien zurück, um sich über politische Themen zu informieren. Demgegenüber nutzen nur 35 Prozent der AfD-Anhänger hierfür häufig den ÖRR – gegenüber rund 56 Prozent unter den übrigen Befragten.

Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick

Im Einklang mit vergleichbaren Studien fördert die hier vorgestellte Abfrage vom Spätsommer 2020 nach sozioökonomischen Kennzahlen und Entwicklungen erhebliche Fehleinschätzungen in Deutschland zutage. Auch wenn das Ausmaß der Fehleinschätzungen je nach Themenbereich stark variiert, teilen die einzelnen Abweichungen die Gemeinsamkeit, dass alle abgefragten Kennziffern in der Tendenz pessimistischer eingeschätzt werden, als es die jeweiligen empirischen Indikatoren nahelegen. Mittels einer Clusteranalyse lassen sich die Befragten in ein Cluster mit starken Fehleinschätzungen und in ein Cluster mit weniger starken Fehleinschätzungen einteilen.

Da die Einschätzungen auch abbilden, wie sehr die Befragten dem Staat zutrauen, bestimmte Ziele zu erreichen, wurden in einem zweiten Schritt Zusammenhänge zwischen Fehleinschätzungen und Zufriedenheiten sowohl mit den allgemeinen Lebensumständen als auch spezifisch mit der Demokratie untersucht. Die Ergebnisse legen eindrücklich nahe, dass selbst wenn Bildungs- und Einkommensunterschiede kontrolliert werden, Befragte mit starken Fehleinschätzungen eher unzufrieden mit der Demokratie, dem sozialen Sicherungssystem und der Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland sind. Wenn für wirtschaftliche Sorgen kontrolliert wird, hat die Zugehörigkeit zu dem stark fehleinschätzenden Cluster jedoch keinen weiteren Erklärungsbeitrag für die Zufriedenheit mit der eigenen Situation. Ein Blick auf die einzelnen Themenbereiche zeigt weiterhin, dass der Zusammenhang zwischen Fehleinschätzungen und Demokratiemisstrauen themenspezifisch ist, da pessimistische Einschätzungen im Bereich erneuerbarer Energien und CO₂-Emissionen – wenn überhaupt – eher mit größerer Zufriedenheit einhergehen.

Eine Berücksichtigung des Zusammenspiels der Fehleinschätzungen mit politischem Informationsverhalten zeigt, dass tendenziell diejenigen eher zu dem stark fehleinschätzenden Cluster gehören, die ihre politischen Informationen vorrangig über soziale Medien beziehen, sowie diejenigen, die sich – nach Selbstauskunft – vergleichsweise wenig in den öffentlich-rechtlichen Medien informieren. Eine regelmäßige Nutzung traditioneller Medien wie des ÖRR, aber besonders auch lokaler und überregionaler Zeitungen geht seltener mit einer Zugehörigkeit zu dem stark fehleinschätzenden Cluster einher.

Ein Blick auf die politische Orientierung verstärkt die politische Relevanz der Ergebnisse: Fehleinschätzungen – vor allem im Bereich Altersarmut und Arbeitslosigkeit von Ausländern – sind besonders stark bei Anhängern der rechtspopulistischen AfD ausgeprägt, die sich gleichzeitig häufiger über soziale Medien informieren. Aus den Ergebnissen lässt sich nicht ableiten, ob die Vorstellungen durch die Medien geprägt sind oder solche Medienkanäle ausgesucht werden, welche Informationen bereitstellen, die sich mit den bereits vorherrschenden Ansichten decken. Grundsätzlich erscheinen beide Wirkrichtungen plausibel. Aufgrund der Algorithmen sozialer Medien ist es jedoch wahrscheinlich, dass sich bestehende Fehleinschätzungen und verzerrte Wahrnehmungen durch den Konsum sozialer Medien weiter verstärken. Ähnliches gilt für das Konglomerat an Fehleinschätzungen und Sorgen, die sich sicherlich nicht durch eine schlichte Konfrontation mit den Fakten verändern werden. Vielmehr bräuchte es wirkmächtige positive Narrative, die tradierte Negativbilder aufbrechen und ein Umdenken der tief verankerten Muster anstoßen. Solche wiederum könnten sowohl durch traditionelle als auch durch soziale Medien befördert werden. Da die statistischen Kennziffern bei dem Thema Altersarmut und (Ausländer-)Arbeitslosigkeit um ein Vielfaches günstiger sind, als es die Vorstellungen beinahe aller Befragten nahelegen, können Maßnahmen, die hier realitätsnähere Vorstellungen unterstützen, auch demokratiestützende Einstellungen begünstigen. Dies gilt umso mehr, als dass die vorherrschenden Fehleinschätzungen Narrative begünstigen, die vor allem (auch) in rechtspopulistischen Kreisen Anklang finden. Eine fundierte ökonomische Grundbildung im Rahmen der schulischen Bildung kann der Entstehung von ökonomischem Unwissen vorbeugen. Dazu ist es wichtig, die ökonomische Bildung systematisch im Fächerkanon zu verankern (Anger et al., 2019). Genauso ist die Vermittlung digitaler Souveränität im Schulunterricht unerlässlich, um der Verbreitung alternativer Fakten entgegenzuwirken (Engels/Schüler, 2020). Aber auch die Generation der sogenannten „digital immigrants“, welche nicht in der digitalen Welt aufgewachsen ist, sollte niedrigschwellige Lernangebote zur digitalen Medienutzung und zur Einordnung von Quellen erhalten (Schüler et al., 2021).

Der Beitrag ist Teil des von der Brost-Stiftung geförderten Projekts „Ein neuer Gesellschaftsvertrag in Zeiten sozialer Fragmentierungen – Gestaltungsoptionen für das Ruhrgebiet“.

Literatur

Alesina, Alberto / Miano, Armando / Stantcheva, Stefanie, 2018, Immigration and Redistribution, NBER Working Paper, Nr. 24733, Cambridge, MA

Anger, Christina / Plünnecke, Axel / Schüler, Ruth Maria, 2019, INSM-Bildungsmonitor 2019, Ökonomische Bildung und Teilhabechancen, Gutachten für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Köln

Baumeister, Roy F. / Bratslavsky, Ellen / Finkenauer, Catrin / Vohs, Kathleen D., 2001, Bad is Stronger than Good, in: Review of General Psychology, 5. Jg., Nr. 4, S. 323–370

Beckmann, Fabian / Schönauer, Anna-Lena, 2021, Spaltet Corona die Gesellschaft? Eine Milieuanalyse pandemiebezogener Einstellungen, in: Blättel-Mink, Birgit (Hrsg.), Gesellschaft unter Spannung: Der Verhandlungsband des 40. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) vom 14.–24. September 2020 (im Erscheinen)

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2021a, Lebenslagen in Deutschland. Entwurf des Sechsten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin

BMAS, 2021b, Lebenslagen in Deutschland. Der Sechste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Kurzzusammenfassung, Berlin (https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/entwurf-sechster-armuts-reichtumsbericht-kurzfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=2) [3.3.2021]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2021, Unser Strommarkt für die Energiewende, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/strommarkt-der-zukunft.html> [28.4.2021]

Deutschlandfunk, 2021, Die Rolle der Medien bei den Ausschreitungen, https://www.deutschlandfunk.de/nach-sturm-auf-us-kapitol-die-rolle-der-medien-bei-den.2907.de.html?dram:article_id=490413 [9.3.2021]

Diermeier, Matthias / Niehues, Judith, 2019a, Ungleichheits-Schlagzeilen auf Bild-Online – ein Sprachrohr der Wertehierarchie?, präsentiert auf dem Workshop „Narrative ökonomischer Ungleichheit“, Universität Duisburg-Essen

Diermeier, Matthias / Niehues, Judith, 2019b, Einschätzungen zur Arbeitslosigkeit, in: IW-Trends, 46. Jg., Nr. 2, S. 23–42

Die Zeit, 2018, Was wissen die Deutschen über Wirtschaft, 8.2.2018, S. 23–26

Duffy, Bobby, 2016, Ipsos Views, Perils of Perception, <https://www.ipsos.com/sites/default/files/publication/1970-01/ipsos-views-perils-of-perception-april-2016.pdf> [18.2.2021]

Engels, Barbara / Schüler, Ruth Maria, 2020, Bildung digital? Wie Jugendliche lernen und Schulen lehren, in: IW-Trends, 47. Jg., Nr. 2, S. 89–106

Gilens, Martin, 1999, Why Americans Hate Welfare: Race, Media and the Politics of Antipoverty Policy, Chicago

Ipsos MORI, 2020, Perils of Perception 2020: Causes of Death, <https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/publication/documents/2020-02/perils-of-perception-2020.pdf> [12.3.2021]

Jerit, Jennifer / Barabas, Jason, 2012, Partisan Perceptual Bias and the Information Environment, in: The Journal of Politics, 74. Jg., Nr. 3, S. 672–684

Kahneman, Daniel, 2012, Schnelles Denken, langsames Denken, München

Lusardi, Annamaria, 2015, Financial Literacy Skills for the 21st Century: Evidence from PISA, in: The Journal of Consumer Affairs, 49. Jg., Nr. 3, S. 639–659

Ngozi Adichie, Chimamanda, 2009, The danger of a single story, https://www.ted.com/talks/chimamanda_ngozi_adichie_the_danger_of_a_single_story/transcript [9.3.2021]

Schüler, Ruth Maria / Niehues, Judith / Diermeier, Matthias, 2021, Politisches Informationsverhalten: Gespräche und traditionelle Medien liegen vorn, IW-Report, Nr. 2, Köln

ZDF – Zweites Deutsches Fernsehen, 2021, Sturm auf das Kapitol. Experte: "Soziale Medien nicht überschätzen", <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/us-wahlen-trump-twitter-100.html> [9.3.2021]

Selective Media Consumption and Socio-economic Misconceptions: A Catalyst for Dissatisfaction?

A survey of popular knowledge on various socio-economic topics highlights considerable misconceptions in Germany. For example, the median respondent assumes that 30 out of every 100 people in Germany, and as many as 50 out of 100 pensioners, are at risk of poverty, whereas the actual figures are 16 and 17 per cent respectively. There are also substantial misperceptions regarding unemployment, with joblessness among immigrants being particularly widely overestimated. Despite sometimes large variation between the different topics, the respondents' assessments tend to be too pessimistic overall. This is consistent with the fact that less accurate estimates coincide with greater dissatisfaction with democracy, social justice and the social security system, even when controlling for financial concerns and for differences in education and income. The survey shows this linkage applying to all surveyed fields of knowledge except renewable energy. The responses also reveal that misconceptions are related to political information behaviour. Respondents who obtain their information about politics primarily from social media tend to overestimate poverty and unemployment and to be very pessimistic about trends in crime. While these correlations may not allow any conclusions to be drawn as to cause and effect, they point at considerable mutual influence between misperceptions, anxiety, the social media as a source of political information, dissatisfaction with society and populist voting behaviour.